

Eidgenössische Migrationskommission EKM

Jahresbericht 2022



Migration
im Fokus



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössische Migrationskommission EKM

Inhalt

- 3 *Perspektiven schaffen – für alle*
- 4 *Themen und Aktivitäten*
- 6 *Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine*
- 7 *Soziale Sicherheit in der Migrationsgesellschaft Schweiz*
- 8 *Migration und Bildung*
- 9 *Bürgerrechte*
- 10 *Integrationsförderung*
- 12 *Projektliste*
- 14 *Veranstaltungen*
- 16 *Information der Öffentlichkeit*
- 18 *Beratung von Bundesrat, Behörden, Politik und Fachwelt*
- 22 *Arbeitsgruppen und Beiräte*
- 24 *Mitglieder*

Perspektiven schaffen – für alle

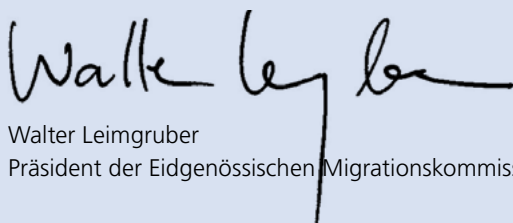
Was für ein Jahr! Mit dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs werden viele «Selbstverständlichkeiten» in Frage gestellt. Wieder ein konventioneller Krieg in Europa, sogar mit einer Atommacht als Kriegspartei. Riesige Flüchtlingsströme in kurzer Zeit. Kapazitäten, die an ihre Grenzen kommen, viele Fragen zum Vorgehen und zum Status. Aber auch eine enorme Solidarität und die Bereitschaft vieler Menschen, direkt und persönlich zu helfen.

Es gibt keine wirkliche Planbarkeit von Fluchtbewegungen, es gibt keine fixen Rezepte. Die Art und Weise der Aufnahme, der Unterbringung wie auch der gesetzlichen Basis muss immer wieder überdacht werden. Zum ersten Mal überhaupt kommt in der Schweiz der Schutzstatus S zum Einsatz, der für solche Fälle geschaffen worden ist. Das funktioniert, doch gleichzeitig stellen sich viele Fragen: Wie verhält es sich mit der Integration, dem Spracherwerb, der Ausbildung der geflüchteten Menschen, die ja in diesem Status gar nicht vorgesehen sind? Schnell wird klar: Die Kinder müssen in die Schule, die Erwachsenen müssen die Sprache lernen können, sollen sich Arbeit suchen. Denn es ist bei jedem Konflikt ungewiss, wie lange er dauert. Und man kann Menschen nicht für längere Zeit in der Situation des Weder-Noch, des Aufgenommenenseins und doch Ausgeschlossenseins, in einer Zwischenwelt ohne richtige Aufnahme, sitzen lassen. Das hätte schlimme Folgen für die Betroffenen, aber auch für die Gesellschaft. Man muss die Dinge vorantreiben, auch wenn man nicht weiss, ob die Menschen schon morgen wieder gehen oder für sehr lange oder gar immer hierbleiben werden.

Das aber hat Konsequenzen für den Status F, den Status der «Vorläufig Aufgenommenen». Denn diesen Menschen muten wir genau dies zu: Im Limbo zu sitzen, nicht zu wissen, wohin die Reise geht, zu warten, häufig auch zu verzweifeln. Manchmal für viele Jahre! Nicht einmal ein richtiger Status ist das F, sondern eigentlich eine juristische Ersatzmassnahme. Diese Menschen leben zwar hier, können aber zurückgebracht werden, wenn keine Gefahr mehr besteht. Sie sind jedoch stark eingeschränkt in ihren Rechten wie auch in ihren Möglichkeiten zu arbeiten. Schon der Ausdruck «vorläufig» schreckt viele Arbeitgebende ab, weil sie nicht wissen, wie lange sie eine Person mit diesem Status beschäftigen können. Und auch ein Familiennachzug ist praktisch nicht möglich. Viele Menschen mit diesem Status bleiben nicht nur von der Sozialhilfe abhängig, sondern verzweifeln, weil ihnen jede Perspektive fehlt, werden depressiv, psychisch und physisch krank.

Es gibt keinen Grund, diese Personen anders zu behandeln als diejenigen mit Status S. Auch wenn man nicht weiss, wie lange sie hierbleiben: Es braucht eine Perspektive, es braucht eine Beschäftigung, es braucht Sinn. Ohne Sinn können Menschen nicht leben. Kehren sie nicht zurück, wie das für viele der Fall sein wird, haben sie nicht viele Jahre verloren ohne sinnvolle Integrationsmassnahmen, kehren sie aber zurück, nehmen sie Wissen und Erfahrungen mit, die ihnen vielleicht einen Weg in die Zukunft weisen. Die Politik ist gefordert, das Offensichtliche endlich umzusetzen. Alles andere wäre nicht nur eine nicht akzeptable Ungleichbehandlung von Geflüchteten, sondern auch ein Betrug an den Betroffenen und an den Steuerzahlenden, die es teuer zu stehen kommt, wenn Tausende von Menschen nicht lernen, nicht arbeiten und nicht für sich selbst sorgen dürfen.





Walter Leimgruber
Präsident der Eidgenössischen Migrationskommission EKM

Themen und Aktivitäten

Das Präsidium, die Kommission und die Geschäftsstelle der Eidgenössischen Migrationskommission EKM befassten sich im Jahr 2022 in Plenarsitzungen, Expertengremien und an Veranstaltungen mit vielfältigen Themen. Im Fokus standen die «Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine», die «Soziale Sicherheit in der Migrationsgesellschaft Schweiz» sowie die Themen «Migration und Bildung» und «Bürgerrechte».

Plenarsitzungen

Die Kommissionsmitglieder und die Geschäftsstelle haben sich 2022 viermal getroffen. Am 17. Februar 2022 im virtuellen Raum und dreimal vor Ort: Am 3. Mai 2022 auf der Welle in Bern, am 15./16. September im Hotel Pax Montana in Flüeli-Ranft und am 13. Dezember 2022 im Restaurant Zum Äusseren Stand in Bern.

Unter Einbezug der Expertise der Kommissionsmitglieder konnten in den Sitzungen die Fokusthemen

- Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine
- Soziale Sicherheit in der Migrationsgesellschaft
- Bildung und Migration
- Bürgerrechte

diskutiert und mit Akteurinnen und Akteuren aus der Zivilgesellschaft, der Verwaltung und der Politik vertieft werden.







Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine

Am 24. Februar 2022 griff Russland die Ukraine an. Bereits vier Tage später veröffentlichte die EKM eine Medienmitteilung, in welcher sie die rasche Aktivierung des Schutzstatus S empfahl.

In der Folge erhielt die Geschäftsstelle hunderte von Anfragen von Betroffenen, die sie laufend telefonisch und per Mail beantwortete. Zudem stand sie den Behörden beratend zur Seite.

Am 8. März 2022 wurde die EKM vom Staatssekretariat für Migration SEM zur Anwendung des Status S für Geflüchtete aus der Ukraine konsultiert.

Am Nachmittag des 11. März 2022 informierte der Bundesrat, dass er den Schutzstatus S per 12. März 2022 aktivieren will. Gleichentags veröffentlichte die EKM eine Stellungnahme zur Ausgestaltung des Schutzstatus S, in welcher sie u.a. das Thema der Bildung aufgriff.

Am 24. März 2022 veröffentlichte die EKM ihre Empfehlungen zur obligatorischen Bildung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen und streute diese breit.

Am 1. April 2022 nahm die Kommission schliesslich Stellung zum geplanten Programm des SEM zu den Unterstützungsmassnahmen von Personen mit Schutzstatus S.

Am 6. September 2022 nahm die EKM an der Anhörung der EJPD-Evaluationsgruppe zum Schutzstatus S teil. Die Gruppe – von Bundesrätin Karin Keller-Sutter einberufen – wurde vom Aargauer alt Regierungsrat Urs Hofmann geleitet. Ihr gehörten der Zuger alt Ständerat Roland Eberle, der Solothurner Nationalrat Kurt Fluri, der Tessiner alt Staatsrat Paolo Beltraminelli, die Waadtländer alt Staatsrätin Béatrice Métraux, der ehemalige Staatssekretär Mario Gattiker und die Staatssekretärin Christine Schraner Burgener an. Sie hatte den Auftrag, die Stärken und Schwächen des im AIG verankerten Schutzstatus S in der praktischen Umsetzung aufzuzeigen. Mit Blick auf die Anhörung wurde von der EKM-Arbeitsgruppe «Schutzgewährung» eine konsolidierte Kommissionsposition erarbeitet und vorgestellt.



Soziale Sicherheit in der Migrationsgesellschaft Schweiz

Seit einigen Jahren lässt sich in der Politik die Tendenz feststellen, den Zugang zu sozialstaatlichen Leistungen zunehmend an den Status von Personen zu knüpfen. Ausländerinnen und Ausländer haben zwar das Recht, in Notlagen Sozialhilfe zu beantragen, setzen damit aber ihr Aufenthaltsrecht aufs Spiel.

An der Plenarsitzung im Februar diskutierte die EKM mit Nationalrätin Samira Marti die parlamentarische Initiative «Armut ist kein Verbrechen». Nicolas Galladé informierte über die von der EKM mitfinanzierten BASS-Studie zum «Nichtbezug von Sozialhilfebezug von Ausländer/innen mit Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung in der Schweiz» und über die geplante Änderung im AIG zur «Anpassung der Sozialhilfeleistungen für Ausländerinnen und Ausländer aus Drittstaaten».

An der Plenarsitzung im Mai referierte Jean Pierre Tabin von der Haute école de travail social et de la santé Lausanne (HES-SO) zum Thema «Sozialversicherungen: Wer ist mit wem solidarisch?». Barbara von Rütte gestaltete einen Input zum Thema «Wer gehört dazu? Armut als Ausschlussinstrument im Bürgerrecht».

An der Plenarsitzung im September lag die EKM-Zeitschrift terra cognita 39 zum Thema «Soziale Sicherheit in der Migrationsgesellschaft Schweiz» auf, mit Beiträgen der EKM Mitglieder Barbara von Rütte, Andrea Lanfranchi, Hilmi Gashi und Nicolas Galladé.

An der Dezember-Plenarsitzung beleuchteten Dieter Kläy, Michael Schneider und Nicolas Galladé das Thema der sozialen (Un-)Sicherheit aus der Perspektive der Wirtschaft, der Migrationsämter und der Städte.



Migration und Bildung

Immer wieder verweist die EKM auf die Hürden, welche Geflüchtete überwinden müssen, um in der Schweiz studieren zu können.

Gemeinsam mit dem Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS) lud die EKM am 24. Mai 2022 zum Runden Tisch «Studieren nach der Flucht» ein, an welchem Vertreterinnen und Vertreter der Hochschulen, der Zivilgesellschaft, der Behörden und der Politik Herausforderungen und Lösungsansätze diskutierten. Die Erkenntnisse dieses Runden Tisches machte die EKM einem breiten Publikum zugänglich.

Aufgrund ihrer Expertise im Bereich Migration und Bildung wurde die EKM zudem am 29. April 2022 von der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats WBK-N zu einer Anhörung zum Thema «Integration von Personen mit Schutzstatus S in das schweizerische Bildungssystem» eingeladen.

An der Anhörung der Parlamentarischen Gruppe für Berufsbildung vom 20. September 2022 zeigte die EKM den Handlungsbedarf im Bereich der Bildung und der Berufsbildung auf. Massnahmen, die rasch umgesetzt werden können, sind aus ihrer Sicht

- die Schaffung von kantonalen Arbeitsintegrationsprogrammen, die darauf hinzielen die pädagogischen Kompetenzen und Ausbildungen von Personen mit Schutzstatus S für die Schulen nutzbar zu machen und die gleichzeitig dem massiven Lehrermangel entgegenwirken.
- die Erhebung von statistischen Daten zu den Kompetenzen von Personen mit Schutzstatus S. Diese Daten könnten den Behörden und Bildungsinstitutionen dazu dienen, geeignete Massnahmen zu entwickeln.
- die Einführung eines einheitlichen und anerkannten Kompetenzportfolios für Personen mit Schutzstatus S, welches diese bei der Suche nach geeigneten Anschlusslösungen im Bildungsbereich und auf dem Arbeitsmarkt unterstützt.
- der Ausbau von Brücken-, Begleit- und Coaching-Angeboten auf Sekundärstufe II und Tertiärstufe, die auf die Potenziale von Personen mit Status S ausgerichtet sind sowie die Entwicklung von neuen Angeboten, insbesondere im Bereich der Mittelschulen.
- der Aufbau und Betrieb einer nationalen Plattform, die zum Ziel hat, die verschiedenen Akteure im Bereich der nachobligatorischen Bildung zu informieren und zu vernetzen, die Bemühungen der Kantone zu koordinieren und Angebote im Bereich der nachobligatorischen Bildung anzustossen, weiterzuentwickeln und in die Regelstrukturen zu überführen.

Zudem empfahl die EKM dem Bund, mittelfristig noch einen Schritt weiterzugehen und – in Zusammenarbeit mit den Kantonen – verschiedene Unterstützungsmassnahmen in einem Nationalen Aktionsplan «Bildungsqualität in der Migrationsgesellschaft» zu bündeln und für die Erstellung dieses Aktionsplans die nötigen finanziellen Mittel bereitzustellen.



Bürgerrechte

Die Diskussionen rund um Bürgerrechte (politische, soziale und bürgerliche Rechte) in der Migrationsgesellschaft Schweiz sind ein zentraler Schwerpunkt der Arbeit der EKM. Im Jahr 2022 beschäftigte sich die Kommission mit verschiedenen Aspekten in diesem Themenbereich.

An der Plenarsitzung im Februar berichtete Rosita Fibbi vom Schweizerischen Forum für Migrations- und Bevölkerungsstudien (SFM) der Universität Neuenburg über die Resultate der Studie «Zugang zur erleichterten Einbürgerung von Personen der dritten Generation. Bilanz nach drei Umsetzungsjahren (2018–2020)», welche sie im Auftrag der EKM erarbeitet hat. Nationalrätin Ada Marra, welche im Parlament verschiedene Vorstösse eingereicht hat, um die Einbürgerung von Kindern und Jugendlichen zu erleichtern, zeigte auf, warum die Bürgerrechte für Personen der zweiten und dritten Generation ausgeweitet werden müssen.

An der Plenarsitzung im Mai lag der Ball bei der Zivilgesellschaft. Diverse Akteure berichteten von ihrem Engagement:

- Uwe Serdült, Sebastian Thomaskutty von baloti.ch
- Elias Studer von einbürgerungsgeschichten.ch
- Stefan Manser-Egli von der Aktion Vierviertel
- Maria-Cecilia Quadri, vom Institut Neue Schweiz INES
- Isabel Garcia von der Operation Libero
- Noémi Weber von der Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht SBAA

Sie plädierten

- für die Erweiterung der bürgerlichen, politischen und sozialen Rechte;
- für mehr Chancengleichheit beim Zugang zur Schweizer Staatsbürgerschaft;
- gegen die Diskriminierung von Personen ohne Schweizer Pass.

An der Plenarsitzung im September widmete sich die Kommission der ordentlichen Einbürgerung. Barbara von Rütte zeigte auf, dass das ohnehin schon restriktive ordentliche Einbürgerungsverfahren mit der Totalrevision des Bürgerrechtsgesetzes im Jahr 2018 noch selektiver geworden ist. Anne Kristol, vom Laboratoire d'études des processus sociaux (MAPS) der Universität Neuenburg und wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt «[Les faiseur.euse.s de Suisse au XXIe siècle](http://Les_faiseur.euse.s_de_Suisse_au_XXIe_siecle)», brachte ihre Ausstellung aus dem Musée Gruérien in Bulle nach Flüeli-Ranft. Darin wird die kommunale Einbürgerungspraxis durch die Einbürgerungsbehörden wie auch durch die Einbürgerungskandidatinnen und -kandidaten reflektiert und kommentiert.



Integrationsförderung

Die EKM ist berechtigt, Programme zur Förderung der Integration zu entwickeln, durchzuführen und zu koordinieren. Die Programme der EKM zielen auf die Schliessung von Lücken im Bereich der Integration.

Die beiden Programme «Citoyenneté – mitreden, mitgestalten, mitentscheiden» und «Neues Wir – Kultur, Migration, Teilhabe» wurden 2022 weitergeführt. Das Programm «Periurban» wurde abgeschlossen.

Programm «Periurban»

Die EKM förderte von 2008–2021 mit dem Programm «Periurban» die Integrationsförderung in ländlichen Gemeinden, wo solche Fragen bislang noch wenig beachtet wurden.

Projektförderung

In 13 Regionen der Schweiz entstanden zahlreiche Projekte und Aktivitäten – mit einem gemeinsamen Ziel: Die Integration von Zugezogenen im ländlichen Raum zu erleichtern und das Zusammenleben aller Bevölkerungsteile zu fördern.

Abschluss des Programms

Das Programm wurde mit einem Treffen der verschiedenen Beteiligten im April 2022 beendet. Das vorliegende Online-Werkstattbuch [«Gutes Zusammenleben im ländlichen Raum»](#) präsentiert die Erfahrungen und Erkenntnisse aus 14 Periurban-Programmjahren.

Programm «Citoyenneté – mitreden, mitgestalten, mitentscheiden»

In der Migrationsgesellschaft Schweiz haben nicht alle Bewohnerinnen und Bewohner dieselben Rechte und Pflichten. Die Bürgerrechte – die sozialen, bürgerlichen und politischen Rechte – sind abhängig vom Aufenthaltsrechtlichen beziehungsweise vom staatsbürgerlichen Status. Obwohl die rechtliche Integration der Schweizer Bevölkerung insgesamt weit fortgeschritten ist, besteht Handlungsbedarf.

Lücken bestehen insbesondere bei den politischen Rechten: Jede vierte Person in der Schweiz ist schweizerischen Gesetzen unterworfen, darf diese aufgrund fehlender politischer Rechte aber nicht eigenverantwortlich mitgestalten und wird im öffentlichen Leben nicht anerkannt. Die Migrationsgesellschaft ist in den politischen Strukturen der Schweiz nicht angemessen abgebildet. Die Eidgenössische Migrationskommission EKM will dies ändern. Es ist ihr ein Anliegen, die politische Partizipation der Bevölkerung mit ihrem Förderprogramm «Citoyenneté – mitreden, mitgestalten, mitentscheiden» nachhaltig zu verbessern.

Projektförderung

Mit der Projektförderung unterstützt die EKM die Realisierung innovativer Lösungen, um die politische Partizipation der Bevölkerung zu stärken. Zehn Finanzierungsanfragen wurden 2022 eingereicht. Für fünf Projekte wurden beim SEM finanzielle Beiträge beantragt.

Partnerschaften

Mit folgenden ausgewählten Partnerschaften fördert die EKM die Institutionalisierung von politischen Partizipationsmöglichkeiten:

- Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände SAJV 2021–2022.
- Der Dachverband Schweizer Jugendparlamente DSJ 2022-2023.
- Campus Demokratie 2022–2024.

Evaluation des Programms

Eine breit angelegte Evaluation hat die Umsetzung des Programms «Citoyenneté – mitreden, mitgestalten, mitentscheiden» untersucht. Die Evaluation stellt dem Programm und seinen Instrumenten – den Projekten, Partnerschaften und Werkstätten – ein gutes Zeugnis aus. Mit dem Programm konnten, über die Zielgrup-

pen der Integrationsförderung hinaus, Personen erreicht werden, welche Prozesse der politischen Partizipation vorantreiben.

Programm «Neues Wir – Kultur, Migration, Teilhabe»

Die Schweiz ist eine Migrationsgesellschaft. Knapp die Hälfte der Schweizer Bevölkerung verfügt über einen Migrationshintergrund. In den Städten, Agglomerationen und Dörfern der Schweiz wird Vielfalt tagtäglich gelebt – mit allen Herausforderungen und Chancen.

Öffentliche Diskurse, Bilder, Geschichten und Räume sind jedoch oft geprägt von stereotypen Schablonen von «Wir und die Anderen». Dies kann zu Polarisierung und zu Ausschluss führen. Eine Demokratie ist aber auf eine vielstimmige öffentliche Kultur angewiesen, die Zugehörigkeit und Anerkennung für die gesamte Bevölkerung ermöglicht.

Im Programm «Neues Wir – Kultur, Migration, Teilhabe» werden partizipative Projekte gefördert, die Diskurse, Bilder, Geschichten und Räume von «Wir und die Anderen» hinterfragen und Alternativen dazu entwickeln. Das Programm stärkt damit die kulturelle Teilhabe, die soziale Kohäsion und ein vielstimmiges Wir-Gefühl in der Migrationsgesellschaft Schweiz.

Projektförderung

2022 wurden 49 Finanzierungsanfragen eingereicht. Für 21 Projekte wurden beim SEM finanzielle Beiträge beantragt.

Werkstatt «Neues Wir»

Die Projektträger trafen sich mit der EKM im Juni 2022 zur Werkstatt «Neues Wir», um die Herausforderungen bei der Projektgestaltung und -durchführung miteinander zu diskutieren.

Strukturelle Verankerung

Parallel dazu wurde der Prozess zur institutionellen Verankerung der kulturellen Teilhabe weitergeführt. Dieser Prozess wird zusammen mit dem Staatssekretariat für Migration SEM, dem Bundesamt für Kultur BAK und Pro Helvetia durchgeführt.

Projektliste

*Diese Liste beinhaltet alle Projekte, welche 2022 die Projektverfügung erhalten haben.
Dies betrifft sowohl Projekte aus der Gesuchseingabe 2021 wie aus der Gesuchseingabe 2022.*

| Projektdauer | Beschluss | Schwerpunkt | Kanton | Titel | Trägerschaft |
|--------------|-----------|-------------------------------|--------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------|
| 2021–2022 | 140'000.– | Citoyenneté – Projekte | CH | Perspektiven-Studium 2021–2022 | VSS UNES USU |
| 2021–2023 | 44'000.– | Citoyenneté – Projekte | JU | Action sociale de proximité | Services sociaux régionaux de la République et Canton du Jura |
| 2021–2023 | 90'000.– | Citoyenneté – Projekte | GE | Nouveau quartier de l'Étang à Vernier – Dispositif d'accompagnement pour favoriser la cohésion sociale | Ville de Vernier – cohésion sociale |
| 2022–2023 | 115'000.– | Citoyenneté – Projekte | VD | Projet Traits d'union – phase II | Bureau lausannois pour les immigrés |
| 2022–2024 | 125'000.– | Citoyenneté – Projekte | CH | Budget participatif : phase 2 | Secrétariat général de la direction Enfance, jeunesse et quartiers de la Ville de Lausanne |
| 2022–2025 | 90'000.– | Citoyenneté – Projekte | CH | Kinder- und Jugendpartizipation bei räumlichen Entwicklungsprojekten in Gemeinden | Dachverband Offene Kinder- und Jugendarbeit (DOJ) |
| 2023–2023 | 50'000.– | Citoyenneté – Projekte | D-CH | Michael Elsener – ALLES WIRD GUT | Pointenbauer GmbH |
| 2023–2023 | 13'850.– | Citoyenneté – Projekte | BE/LU | Citizen Journalismus «Misch dich ein!» | Verein Lucify.ch |
| 2023–2024 | 70'000.– | Citoyenneté – Projekte | ZH | MultiBioKulti im Gemeinschaftsgarten des Stadtgartens Färberwiese | Interessengemeinschaft Stadtgarten Färberwiese / Wetzikontakt |
| 2023–2024 | 200'000.– | Citoyenneté – Projekte | GE | Conseils des habitants | Bureau de l'intégration des étrangers du canton de Genève-DCS |
| 2023–2024 | 95'000.– | Citoyenneté – Projekte | CH | Zukunftsgestaltungsset mit und für Lernende | SGG / Pro Futuris |
| 2022–2024 | 150'000.– | Citoyenneté – Partnerschaften | CH | Partnerschaft zwischen der EKM und dem DSJ | Dachverband Schweizer Jugendparlamente (DSJ) |
| 2022–2026 | 120'000.– | Citoyenneté – Partnerschaften | CH | Partnerschaft zwischen der EKM und der SAJV – Phase II – Verlängerung | Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV) |
| 2021–2022 | 35'000.– | Neues Wir – Projekte | BS | Einreisedatum | Verein Backpack2school |
| 2021–2022 | 40'000.– | Neues Wir – Projekte | ZH | Found in Translation | Expo Transkultur |
| 2021–2022 | 40'000.– | Neues Wir – Projekte | VD | Tisser l'hospitalité : Inclure les jeunes du foyer EVAM MNA dans le quartier d'Entre-Bois par une démarche participative | Association Kraft |

| Projektdauer | Beschluss | Schwerpunkt | Kanton | Titel | Trägerschaft |
|--------------|-----------|----------------------|---------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------|
| 2021–2023 | 45'000.– | Neues Wir – Projekte | ZH/BE/BS | Orient Express Film – und Kulturtag 2021 | Verein Orient Express |
| 2021–2023 | 60'000.– | Neues Wir – Projekte | BS | °Kläranlage° | Ausstellungsraum Klingental |
| 2021–2024 | 40'000.– | Neues Wir – Projekte | BE | Das Wandbild muss weg! | Verein Das Wandbild muss weg! |
| 2021–2024 | 35'000.– | Neues Wir – Projekte | ZH | Concert of Nations | Stadt Kloten |
| 2021–2025 | 80'000.– | Neues Wir – Projekte | SO/LU/ ZH/BL/ BS/AG | Recht auf Wir | Forschung Art Education, Zürcher Hochschule der Künste |
| 2021–2025 | 60'000.– | Neues Wir – Projekte | AG | Collecting stories – Sammeln und Erinnern mit Alltagsexpert*innen der Migrationsbevölkerung | Stadtmuseum Aarau |
| 2022–2022 | 20'000.– | Neues Wir – Projekte | BE | Unser Weltendorf | Ralf Assman |
| 2022–2023 | 75'000.– | Neues Wir – Projekte | NW | Bunte Spunte | Bistro Interculturel |
| 2022–2024 | 50'000.– | Neues Wir – Projekte | VD | VOIESX DE RESISTANCE | Association reliefs |
| 2022–2024 | 85'000.– | Neues Wir – Projekte | NE/FR/ GE | Lectures alternatives : cohésion culturelle à travers des rencontres dans les espaces muséaux | AMIC |
| 2022–2024 | 80'000.– | Neues Wir – Projekte | GR | GLOBAL PLAYERS Raum für Interkultur / interkulturelles Theater | Global Players Chur |
| 2022–2024 | 15'000.– | Neues Wir – Projekte | SZ | Sprachlich-kulturelle Partizipation der Vorschulkinder aus neu eingewanderten Familien | Pädagogische Hochschule Schwyz |
| 2022–2025 | 120'000.– | Neues Wir – Projekte | VD | Lausanne Méditerranées – laboratoire interculturel | Stadt Lausanne |
| 2022–2025 | 30'000.– | Neues Wir – Projekte | BS/BE/ ZH | War! 5 minutes – 5 days – 5 months | Noarmi GMBH |
| 2023–2025 | 20'000.– | Neues Wir – Projekte | ZH | Hast Du Power | ReBelle Art |
| 2023–2026 | 80'000.– | Neues Wir – Projekte | CH | i-we-i – between two alphabets | Verein Peer-Campaigns |



Veranstaltungen

Runder Tisch «Studieren nach der Flucht»

an der Universität Bern

Kriege, Not und Verfolgung zwingen immer wieder Menschen zur Flucht. 2022 gelangten nicht nur Geflüchtete aus der Ukraine, sondern auch aus Afghanistan, Syrien, der Türkei und anderen Ländern in die Schweiz.

Unter den Schutzsuchenden sind auch viele Studierende, die ihre Hochschulen verlassen mussten oder ihre Studien nicht antreten konnten. In der Schweiz möchten sie ihren akademischen Weg fortsetzen und sie suchen den Zugang zu den universitären Hochschulen, den Fachhochschulen und den Pädagogischen Hochschulen. Doch wie gelingt dieser Hochschulzugang für Geflüchtete?

Gemeinsam mit dem Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS) lud die EKM am 24. Mai 2022 zum [Runden Tisch «Studieren nach der Flucht»](#) ein, an welchem rund 80 Personen teilnahmen. An diesem Anlass, der an der Universität Bern stattfand, diskutierten Vertreterinnen und Vertreter der Hochschulen, der Zivilgesellschaft, der Behörden und der Politik über die Herausforderungen beim Hochschulzugang für Geflüchtete.

Gemeinsam schlugen sie mögliche Lösungsansätze für die folgenden Bereiche vor:

1. Informieren, sensibilisieren und günstige Rahmenbedingungen schaffen
2. Förderangebote für eine akademische Ausbildung realisieren
3. Geflüchtete während des Studiums finanziell unterstützen

Die [Erkenntnisse und Synthese](#) des Runden Tisches «Studieren nach der Flucht» wurden im November 2022 veröffentlicht.



Werkstatt «Neues Wir»

im Progr in Bern

Am 8. Juni 2022 führte die EKM die [Werkstatt «Neues Wir»](#) durch, mit dem Ziel, eine gemeinsame Plattform für Fragen, Anregungen und Weiterentwicklung zu bieten. Projektträgerschaften konnten sich kennenlernen und austauschen, fachliche Inputs schufen methodische und fachliche Referenzen. Das gemeinsame Arbeiten erlaubte es, vorhandenes Wissen zu teilen und Netzwerke zu stärken. Die EKM wiederum erfuhr, welche Potenziale und Herausforderungen sich in der Praxis zeigen und wie sich die Förderstrategie vor diesem Hintergrund weiterentwickeln liesse. Das Treffen basierte auf den drei Themen: «Methoden», «Repräsentation» und «Finanzierung». Diese Themen hatten sich bei der Entwicklung des Programms und bei den ersten Erfahrungen in der Projektbegleitung als wichtige Querschnittsthemen herauskristallisiert.

Drei Fragen bildeten das Zentrum des Austausches:

1. Welche Methoden werden in der Praxis der kulturellen Teilhabe genutzt?
2. Wie lässt sich Vielstimmigkeit repräsentieren und auf Augenhöhe gestalten?
3. Wie lassen sich Projekte der kulturellen Teilhabe finanzieren?

Die [Synthese und Learnings](#) der Werkstatt «Neues Wir» wurden im August 2022 veröffentlicht.



Information der Öffentlichkeit



Studie «Erleichterte Einbürgerung von Personen der Dritten Generation. Bilanz nach drei Umsetzungsjahren (2018-2020).»

Seit dem 15. Februar 2018 können sich Ausländerinnen und Ausländer, deren Grosseltern bereits in der Schweiz gelebt haben und die selber in der Schweiz geboren sind, erleichtert einbürgern lassen. Von diesen circa 25 000 Personen erhielten bis Ende 2020 jedoch lediglich 1847 Personen den Schweizer Pass. Die [Studie](#), die die EKM im Februar 2022 veröffentlicht hat, untersucht die Gründe für diese ernüchternde Bilanz und zeigt Wege auf, wie der Zugang zur Schweizer Staatsbürgerschaft erleichtert werden kann.



Erklärvideo «Gömmër go iibürgere»

Das [EKM-Erklärvideo «Gömmër go iibürgere»](#) verfolgt das Ziel, die erleichterte Einbürgerung zu erleichtern. Es richtet sich an Personen der dritten Ausländergeneration und zeigt Schritt für Schritt, wie diese vorgehen müssen, wenn sie die Möglichkeit der erleichterten Einbürgerung nutzen möchten. In den Genuss der 2018 eingeführten Regelung kommen junge Ausländerinnen und Ausländer, deren Grosseltern bereits in der Schweiz gelebt haben, die selber in der Schweiz geboren sind und jünger als 25 Jahre alt sind. Bis zum 15. Februar 2023 bestand diese Möglichkeit auch für Personen, die älter als 25 und jünger als 40 Jahre alt waren. Die EKM lud die entsprechenden Personen deshalb ein, diese Möglichkeit im verbleibenden Zeitraum zu nutzen. Sie stellte sich dabei auf den Standpunkt, dass es das politische Engagement aller braucht, um die Gegenwart und die Zukunft der Schweiz zu gestalten. 2022 war die Seite zur erleichterten Einbürgerung der 3. Generation die bestbesuchte Seite auf der EKM-Webseite. Sie wurde 13294-mal auf Deutsch, 5340-mal auf Französisch und 513-mal auf Italienisch angeklickt.



terra cognita 39 «Soziale Sicherheit in der Migrationsgesellschaft Schweiz»

In der Schweiz gibt es ein Sicherheitsnetz, das weitreichenden Schutz vor Armut bietet – auch dann, wenn Menschen krank werden, die Arbeit verlieren oder zu wenig verdienen, um davon leben zu können. Aktuelle Studien zeigen jedoch, dass nicht alle gleich gut geschützt sind. Bestimmte Bevölkerungsgruppen mit Migrationsbezug sind besonderen Armutrisiken ausgesetzt. Zudem müssen Menschen ohne Schweizer Pass bei einem Sozialhilfebezug mit ausländerrechtlichen Konsequenzen rechnen. [terra cognita](#), das Magazin der Eidgenössischen Migrationskommission EKM, diskutiert in seiner 39. Ausgabe die vielfältigen Fragen, die sich rund um die soziale (Un-)Sicherheit in der Migrationsgesellschaft Schweiz ergeben. In rund 30 Beiträgen aus Wissenschaft, Praxis und Politik werden Herausforderungen und Lösungsansätze auf dem Weg zu mehr sozialer Sicherheit für alle diskutiert.



Podcast «WIR SIND HIER»

In der Reihe «Chancen(un)gerechtigkeit in der Migrationsgesellschaft» des [Podcasts «WIR SIND HIER»](#) sind 2022 fünf Folgen auf Deutsch und zwei Folgen auf Französisch zu den folgenden Schwerpunkten erschienen:

- Chancen(un)gerechtigkeit in der Bildung
- (In)équité des chances dans l'éducation
- Chancen(un)gerechtigkeit und Geschlechterrollen – Fokus Männer
- (In)équité des chances et rôles de genre – focus sur les hommes
- Chancen(un)gerechtigkeit und Geschlechterrollen – Fokus Frauen
- Chancen(un)gerechtigkeit und Soziale Sicherheit
- Chancen(un)gerechtigkeit und Bürgerrechte



Kurzfilm «Frau – Migrantin – engagiert»

Sie setzen sich für die Umwelt und für die Gleichberechtigung aller Menschen ein. Sie wurden in die Exekutive gewählt und sind zu einer Inspirationsquelle in ihrer jeweiligen Region geworden. Sie, das sind drei Schweizer Politikerinnen mit afghanischer, sri-lankischer und kosovarischer Migrationsgeschichte. In diesem [Kurzfilm](#) berichten sie unter anderem davon, was sie inspiriert und motiviert. Das Porträt wurde mit Unterstützung der EKM von [Albinfo.ch](#) produziert und im Wallis, in der Waadt und in Fribourg über La Télé ausgestrahlt.



Beratung von Bundesrat, Behörden, Politik und Fachwelt

2022 wurde in der Geschäftsstelle die politische Beratungsarbeit zuhanden von Parlament, Verwaltung und Behörden verstärkt. Es wurden zahlreiche Empfehlungen, Positionspapiere und Stellungnahmen formuliert, Referate gehalten und Beratungsgespräche geführt.

Januar 2022

- Beratung des Bundesrats zum Schwerpunkt Afghanistankrise.

Menschen aus der Ukraine über die [Gewährung des Schutzstatus S](#). Wie bereits im Jahr 1999 während des Krieges in Ex-Jugoslawien, sollte die Aufnahme sehr rasch und grosszügig geschehen.

Februar 2022

- Anhörung SPK-S: «Botschafts asyl und/oder erweiterte humanitäre Visa: Ein notwendiger Bestandteil eines kohärenten Schutzsystems?».
- Empfehlung an den Bundesrat: «Schweiz ist in der Verantwortung: Schutzstatus «S» für Flüchtende aus der Ukraine.»

Die Eidgenössische Migrationskommission EKM sieht bereits am 28.02.2022 die Schweiz in der Verantwortung, sich an der Bewältigung der grossen Fluchtbewegungen und der humanitären Krise im Ukraine-Krieg zu beteiligen. Sie empfiehlt dem Bundesrat deshalb die Aufnahme von schutzbedürftigen

März 2022

- Anhörung Abteilung Bürgerrecht des SEM zur Frage, wie Behörden die Information betreffend der erleichterten Einbürgerung der dritten Ausländergeneration verbessern können.
- Stellungnahme zur Ausgestaltung des Schutzstatus S

Der Schutzstatus S ist aus Sicht der Eidgenössischen Migrationskommission EKM sehr gut geeignet, schnell und pragmatisch der flüchtenden Zivilbevölkerung aus der Ukraine, für die Dauer der akuten



Gefährdung, Schutz ohne Asylverfahren zu gewähren. In der Konsultation, welche das Staatssekretariat für Migration SEM im Anschluss an den entsprechenden Entscheid des Bundesrats mit verschiedenen Fachgremien durchführte, nahm die EKM [Stellung](#). Sie plädierte für eine differenzierte Ausgestaltung des kollektiven Schutzes. Ziel der Regelungen sollen der Erhalt der Arbeits-, der Rückkehr- sowie der Integrationsfähigkeit sein. Dies bedeutet unter anderem, dass die Zugänge zu Bildung und Arbeit ermöglicht und unterstützt werden. Zudem sollen in allen Schritten das Kindeswohl und der Schutz von Frauen und vulnerablen Personen prioritär behandelt werden.

- **Empfehlungen an den Bund, die Kantone und Gemeinden zur obligatorischen Bildung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen.** [Die Bildung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen](#) und die damit zusammenhängende gesundheitliche Versorgung der geflüchteten Kinder und Jugendlichen aus der Ukraine, betrachtet die EKM als eine besonders sensible Aufgabe. Sie soll darum gemeinsam vom Bund, den kantonalen Erziehungs-, Sozial-, und Gesundheitsdepartementen, den Pädagogischen Hochschulen und den Integrationsfachstellen getragen werden und sich in allen Umsetzungsschritten am Erhalt des Kindeswohls orientieren.

April 2022

- **Anhörung WBK-N im Themenkomplex «Schulpflicht und nachobligatorische Ausbildung für ukrainische Staatsangehörige» zur Frage der Integration von Personen mit Schutzstatus S in das Schweizerische Bildungssystem.**

- **Stellungnahme im Rahmen der Konsultation zum Programm S des Bundes: «Unterstützungsmassnahmen von Personen mit Schutzstatus S» (Programm S).**

Das geplante Bundesprogramm «Unterstützungsmassnahmen von Personen mit Status S» (Programm S) soll einen finanziellen Rahmen bieten, damit die Kantone für Personen mit Status S zusätzliche Unterstützungsmassnahmen vorsehen können. Die Eidgenössische Migrationskommission EKM begrüsst die Initiative des Bundes. In ihrer jüngsten [Stellungnahme](#) an die Behörden betont sie jedoch erneut die Wichtigkeit, Personen rasch in den regulären Integrationsprozess zu führen. Dieser soll auf den Erhalt der Arbeits- und Bildungsfähigkeit ausgelegt sein – ungeachtet, ob und wann die Personen in ihr Herkunftsland zurückkehren. Zudem rät die EKM dazu, die Dauer des Programms nicht auf ein Jahr zu befristen, sondern auf die Dauer der Anwesenheit dieser Personen auszudehnen. Die EKM stellt sich auf den Standpunkt, dass der Zugang zu Bildung ein Schwerpunkt des Programms sein sollte. Die Integrationspauschale und die damit verbundenen Leistungen, die für anerkannte Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Personen gelten, sollen auch auf Personen mit Schutzstatus S ausgeweitet werden.

Mai 2022

- Anhörung SPK-S: «Erleichterte Einbürgerung der 2. und 3. Generation».
- Stellungnahme zur Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes (AIG) betr. der Einschränkung der Sozialhilfe bei Ausländerinnen und Ausländern aus Drittstaaten.

Am 15. Januar 2020 hat der Bundesrat ein Massnahmenpaket verabschiedet, das zum Ziel hat, die Sozialhilfe für Ausländerinnen und Ausländer aus Drittstaaten einzuschränken bzw. sie ganz auszuschliessen, um so die Kosten für Kantone und Gemeinden zu reduzieren.

In ihrer [Stellungnahme](#) stellt die Eidgenössische Migrationskommission EKM fest, dass zugunsten der Kostenreduzierung bei der Sozialhilfe bereits in den vergangenen Jahren zahlreiche ausländerrechtliche Verschärfungen stattgefunden haben. Die EKM lehnt diese Entwicklung ab: Die sukzessive Reduktion der Sozialhilfe für Ausländerinnen und Ausländer, die Diskussionen um Missbrauch von Leistungen, auf die ein verfassungsrechtlicher Anspruch besteht, die Debatten um eine «Zuwanderung in die Sozialwerke», die Verrechtlichung des Integrationsbegriffs, der Sozialhilfebezug als Grund für Sanktionen und die Verknüpfung der Sozialhilfe mit der Aufenthaltssicherheit laufen aus Sicht der EKM den Integrationsbemühungen von Bund und Kantonen zuwider. Die problematische Verknüpfung von Sozialhilfe und Ausländerrecht sollte rückgängig gemacht werden.

Die EKM ist überzeugt: Die Herausforderungen, welchen sich die Schweiz in Zukunft zu stellen hat,

– nicht zuletzt auch jene im Bereich der sozialen Sicherheit – erfordern integrative und gesamtgesellschaftliche Lösungsansätze.

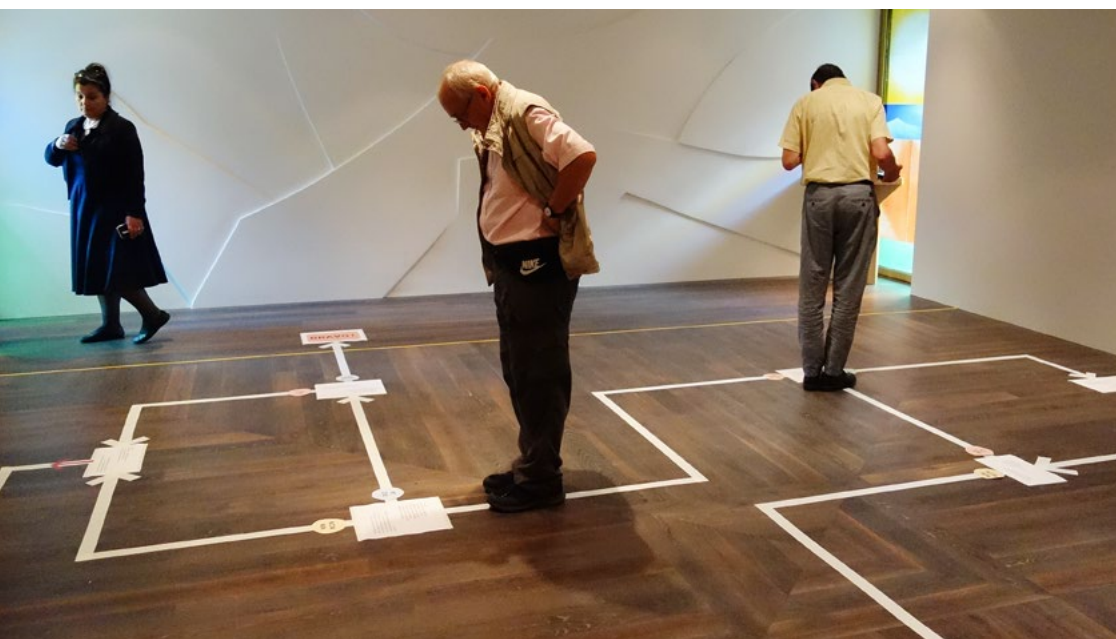
August 2022

- Anhörung der EJPD-Evaluationsgruppe zum Schutzstatus S.
- Feedback zur Deklaration der Schweiz am UN-Gipfel zur Transformation der Bildung.
- Stellungnahme zum vierten Staatenbericht der Schweiz für ihre Überprüfung im UNO-Menschenrechtsrat.

September 2022

- Anhörung der Parlamentarischen Gruppe Berufsbildung zur Frage des Handlungsbedarfs in der Berufsbildung: Bei Personen, welchen die Schweiz Schutz gewährt sowie bei spätzugewanderten Personen.
- Arbeitsgruppe Resettlement des SEM: Stellungnahme zur ländervergleichenden Studie zu «Komplementären Zugangswegen für Menschen auf der Flucht» und zur «Analyse des SEM zu komplementären Zugangswegen in der Schweiz».

In ihrer Stellungnahme stellt die EKM fest, dass die Schweiz im Bereich der Schutzgewährung eine wichtige Rolle spielt: Im internationalen Vergleich ist sie



ein etablierter Resettlement-Staat und mit humanitären Visummöglichkeiten geht sie weiter als viele andere Aufnahmestaaten. Die Möglichkeiten der Schweiz sind aus ihrer Sicht jedoch nicht ausgeschöpft. Ein Blick in die Praxis zeigt, dass bei den etablierten Instrumenten durchaus Verbesserungsbedarf besteht. Zudem gibt es Schutzinstrumente, mit welchen die Schweiz noch wenig Erfahrung hat und deren Implementierung, in Anbetracht des wachsenden globalen Schutzbedarfs, diskutiert werden muss. Und auch auf internationaler Ebene, auf welcher das Schutzsystem nach wie vor unbefriedigend ist, kann die Schweiz einen Beitrag leisten, beispielsweise indem sie zur Entwicklung innovativer Instrumente beiträgt. Die Schweiz hat bereits in der Vergangenheit eine Vorreiterrolle gespielt. Sie sollte auch in Zukunft im Einklang mit ihrer humanitären Tradition eine Führungsrolle übernehmen.

Dezember 2022

- **Stellungnahme «Mehr Rechtsgleichheit für Opfer von häuslicher Gewalt durch die Änderung der Härtefallregelung im AIG»**

Werden Angehörige aus Drittstaaten Opfer häuslicher Gewalt, droht Ihnen bei der Auflösung ihrer Ehe oder Familiengemeinschaft der Verlust ihres Aufenthaltsrechts. Die Angst, die Aufenthaltsbewilligung zu verlieren, verbunden mit der Abhängigkeit vom Partner, zwingt viele Opfer dazu, in der Gewaltbeziehung zu bleiben.

Die Staatspolitische Kommission des Nationalrates SPK-N sieht hier Handlungsbedarf. Mit einer parlamentarischen Initiative will sie die Härtefallregelung

im Ausländer- und Integrationsgesetz (AIG) präzisieren und erweitern und Betroffene so besser schützen. Damit unterstreicht die SPK-N die Haltung des Bundesrats, der in seiner Antwort auf den Bericht zur Umsetzung der Istanbul-Konvention feststellt, dass alle Personen, unabhängig von ihrem jeweiligen Aufenthaltstitel, ein Recht auf Aufenthalt in der Schweiz haben sollen, wenn ihre Ehe aufgrund von häuslicher Gewalt aufgelöst wird. Die EKM begrüsst in ihrer [Stellungnahme](#) den nun vorgesehen konkreten Schritt der SPK-N, der zu mehr Rechtsgleichheit und einem verbesserten Opferschutz führt.

Januar – Dezember 2022

Zu den oben aufgeführten Arbeiten kamen zahlreiche weitere Vernetzungstreffen, die Beantwortung von Fragen und Anliegen aus der Bevölkerung und das Verfassen von Empfehlungsschreiben sowie vielfältige kleinere Beratungstätigkeiten hinzu.





Arbeitsgruppen und Beiräte

Die Kommissionsmitglieder haben ihre Expertise auch ausserhalb der Plenarsitzungen eingebracht, beispielsweise in Arbeitsgruppen und in Beiräten.

EKM-Arbeitsgruppe «Schutzgewährung»

Im Sommer 2022 setzte die Vorsteherin des EJPD, Bundesrätin Karin Keller-Sutter, unter der Leitung von alt Regierungsrat Urs Hofmann eine Evaluationsgruppe zum Status S ein. Ziel dieser Evaluationsgruppe war es, die Herausforderungen und Fragen, die sich aus der Anwendung des Status S ergeben, zu identifizieren und die Einbettung der geltenden Regelung im Schweizer Asylsystem zu beurteilen. Die EJPD-Evaluationsgruppe lud diverse Interessengruppen – darunter auch die EKM – in den Bernerhof zu einer Anhörung ein.

Die EKM-Arbeitsgruppe «Schutzgewährung» erarbeitete auf der Grundlage ihrer zuvor veröffentlichten Empfehlungen und Stellungnahmen die Position der EKM, welche ein EKM-Ausschuss an der Anhörung präsentierte. Ende November 2022 stellte die EJPD-Evaluationsgruppe den [Zwischenbericht](#) vor.

Bildung für alle – jetzt!

EKM-Vertretung: Inés Mateos

Nach der Tagung «Geflüchtete – Bildung, Integration und Emanzipation» wurden an einem Netzwerktreffen im Januar 2020 Forderungen verabschiedet. Solidarité sans frontières sosf, die Gewerkschaft VPOD und der Verband Schweizer Studierendenschaften VSS gründeten den Verein [«Bildung für alle – jetzt!»](#) und lancierten im Oktober 2020 die gleichnamige Kampagne.

Mit der Kampagne setzt sich der Verein dafür ein, die zahlreichen und häufig unüberwindbaren Barrieren, welchen Geflüchtete beim Zugang zu Bildung und qualifizierter Arbeit begegnen, abzubauen. Mithilfe von Veranstaltungen wird eine öffentliche Diskussion darüber initiiert, wie die Zugänglichkeit und die Chancengerechtigkeit im Bildungssystem verbessert werden können. Mit Hilfe einer Petition und parlamentarischen Vorstössen sollen strukturelle Veränderungen angeregt werden, welche die Bildungschancen für Geflüchtete erhöhen. Das Projekt verfügt über ein Soundingboard, in welchem die EKM ihre Expertise einbringen kann.

Perspektiven – Studium

EKM-Vertretung: Etienne Piguet

Der Verband der Schweizer Studierendenschaften VSS ist überzeugt, dass Chancengerechtigkeit beim Zugang zu Hochschulbildung auch für jenen Teil der Schweizer Bevölkerung gewährleistet sein muss, der die akademische Vorbildung im Ausland erworben hat. Um diesem Anliegen Nachdruck zu verleihen, wurde 2016 das Projekt [«Perspektiven – Studium»](#) lanciert. Dieses Projekt hat eine nationale Ausstrahlung: Es wurde eine Webseite mit umfassenden Informationen rund um die Hochschulzugänge aufgebaut. Die Webseite richtet sich an studieninteressierte Geflüchtete und an Begleit- und Fachpersonen. Mit dem Projekt leistet der VSS zudem Vernetzungsarbeit zwischen den verschiedenen Hochschulprojekten der Schweiz sowie zwischen Akteurinnen und Akteuren aus den Bereichen Bildung, Migration und Integration. Seit der Gründung ist die EKM im Beirat dieses Projekts vertreten.

INVOST – Integrationsvorstudium an Fachhochschulen

EKM-Vertretung: Daniela Sebeledi

Mit dem Programm [«INVOST»](#) unterstützt der Verband Schweizer Studierendenschaften VSS regionale Fachhochschulen bei der strukturellen Verankerung von Brückenangeboten für qualifizierte Geflüchtete. Ziel ist es, diesen einen Bildungszugang zu ermöglichen, der ihrem Potential entspricht. An der Pilotphase nehmen die Hochschule für Technik der Fachhochschule Nordwestschweiz und die Haute école spécialisée de Suisse occidentale (HES-SO) teil. Später soll das Projekt auf andere Fachhochschulen ausgeweitet werden. Mit INVOST leistet der VSS Vernetzungsarbeit, unterstützt Fachhochschulen bei der strategischen Arbeit und fördert das freiwillige Engagement von Studierenden. Hinzu kommt eine Anschubfinanzierung von Förder- und Vorbereitungsmaßnahmen sowie die Begleitung und Evaluation der Prozesse. Ein Beirat, in welchem die EKM vertreten ist, begleitet INVOST fachlich, fördert die interinstitutionelle Zusammenarbeit und trägt zur Multiplikation und Verstärkung der Angebote bei.

Hochschulvorbereitungskurs für Geflüchtete (Universität Zürich)

EKM-Vertretung: Elham Manea

2019 wurde die Integrationsagenda Schweiz IAS lanciert. Ihr Ziel ist es, dass Geflüchtete und vorläufig Aufgenommene rasch und ihrem Potenzial entsprechend im Arbeitsmarkt Fuss fassen können. Die Integrationsagenda betont die Bedeutung von Bildung für die berufliche Eingliederung. Da Integrationsangebote auf Tertiärstufe bislang rar sind, hat die Universität Zürich den Hochschulvorbereitungskurs [«START! Studium»](#) für Geflüchtete entwickelt. Das Angebot richtet sich an Geflüchtete, die aufgrund ihrer Vorbildung Potenzial für ein Hochschulstudium aufweisen. Der Kurs bereitet sie sprachlich, fachlich und organisatorisch auf eine Ausbildung auf Tertiärstufe vor und unterstützt sie beim Übertritt in die Hochschule. Um die Qualität, den Wissenstransfer und die Nachhaltigkeit zu sichern, wird das Projekt wissenschaftlich begleitet und von einem internen Steuerungsgremium und einem externen Beirat – in welchem auch die EKM vertreten ist – beraten.

Nationales Forum Alter und Migration

EKM-Vertretung: Ana Caldeira Tognola

Das [Nationale Forum Alter und Migration](#) ist eine Plattform, welche die wichtigsten Akteure aus den Bereichen Gesundheit, Alter, Integration/Migration auf der nationalen Ebene vernetzt. Es engagiert sich mit Öffentlichkeits-, Bildungs- und Grundlagenarbeit für die Verbesserung der gesundheitlichen und sozialen Situation älterer Migrantinnen und Migranten in der Schweiz. Ihre Interessen sollen unterstützt, ihre Rechte gestärkt und ihre Integration im Sinne gesellschaftlicher Partizipation gefördert werden.

Zugleich hat sich das Forum zum Ziel gesetzt, die Öffentlichkeit und insbesondere Fachkräfte im Altersbereich für die Biografien und Lebensumstände der älteren Migrationsbevölkerung zu sensibilisieren.

Die EKM unterstützt das Nationale Forum Alter und Migration durch ihre Arbeit im Beirat.



Mitglieder

Die EKM ist eine ausserparlamentarische Kommission, die den Bundesrat berät. Sie hat 30 Mitglieder. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben verfügt sie über eine Geschäftsstelle.

Walter Leimgruber, Präsident

Walter Leimgruber studierte Geschichte, Geographie und Volkskunde an der Universität Zürich und promovierte in Geschichte zur amerikanischen Afrikapolitik unter Präsident Kennedy. Er war als Mitarbeiter in verschiedenen Forschungsprojekten, als Ausstellungsmacher, Redaktor und Kurator für das 20. Jahrhundert im Schweizerischen Landesmuseum tätig. Seit 2001 ist er Professor für Kulturanthropologie an der Universität Basel mit Arbeitsschwerpunkten in den Bereichen Migration, kulturelles Erbe, Kulturpolitik, materielle und visuelle Kultur.

Elham Manea, Vizepräsidentin

Elham Manea habilitierte 2011 an der Universität Zürich und ist dort Privatdozentin am Institut für Politikwissenschaft. Sie lehrt und forscht in den Bereichen Rechtspluralismus und islamisches Gesetz, Politik der arabischen Halbinsel, Gender und Politik sowie Politischer Islam. Ausserdem ist sie Autorin und Menschenrechtaktivistin und berät staatliche und nichtstaatliche Organisationen zu den Themen Menschenrechte, Islamismus, Frauen unter muslimischen Gesetzen und

Länder in Konfliktzonen (Jemen) – allesamt Themen mit einem Migrationsbezug. Zu ihren letzten Buchveröffentlichungen gehören *Woman and Shari'a Law: The Impact of Legal Pluralism in the UK* (2016) und *Der Alltägliche Islamismus* (2018).

Etienne Piguet, Vizepräsident

Etienne Piguet ist Professor für Migrationsgeografie an der Universität Neuenburg. Seine ersten Erfahrungen im Asylbereich sammelte er in den 1990er-Jahren als Vertreter des Schweizerischen Roten Kreuzes bei Asylanörungen. Seine Forschungen bezogen sich auf die Verteilung der Asylanträge in Europa, die Eingliederung der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt sowie die Migrationspolitik der Schweiz im Allgemeinen. Seit kurzem beschäftigt er sich auch intensiver mit der Frage der Klimaflüchtlinge. In diesem Zusammenhang hat er am Zwischenstaatlichen Ausschuss für Klimaänderungen (IPCC) teilgenommen. Etienne Piguet ist Vorsitzender des Ausschusses für Bevölkerungsgeografie der International Geographical Union. Er schreibt den Blog «politique migratoire» auf der Website der Zeitung «Le Temps».



Veronica Almedom

Veronica Almedom migrierte mit ihrer Familie Ende der 1980er Jahre in die Schweiz, als in ihrer eritreischen Heimat ein Bürgerkrieg herrschte. Sie absolvierte eine kaufmännische Ausbildung in Lausanne und spezialisierte sich anschliessend im Bereich Kommunikation.

Seit 2013 setzt sie sich aktiv für die Bevölkerung von Eritrea ein. Sie hatte mehrmals die Gelegenheit, für längere Zeit nach Eritrea zurückzukehren. Diese Momente waren reich an Erfahrungen. Seit 2013 zielt ihr Engagement darauf, verschiedene Gruppen der Schweizer Zivilgesellschaft für das Thema der Menschenrechte zu sensibilisieren. In Eritrea stehen diese Fragen im Zentrum der aktuellen Migrationskrise.

Ana Caldeira Tognola

Geboren in Porto, zog Ana Caldeira Tognola im Jahr 1975 mit ihrer Familie nach Nyon. An der Universität Lausanne studierte sie Sprach- und Literaturwissenschaften und wurde anschliessend in die Chambre Consultative des Etrangers de Lausanne und in die Commission Consultative des Etrangers aufgenommen. Parallel dazu nahm sie im Namen der Fédération des Associations Portugaises de Suisse am Forum für die Integration der Migranten in Bern teil. Anschliessend lebte sie neun Jahre lang in Afrika.

Seit Mai 2015 leitet sie die interkulturelle Bibliothek LivrEchange in Freiburg. Mittlerweile hat sie ihr Engagement in der Fédération des Associations Portugaises de Suisse wieder aufgenommen. Im Februar 2017 wurde sie in den Beirat des Konsularbezirks von Bern berufen.

Anna Celio-Panzeri

Anna Celio-Panzeri vertritt den Schweizerischen Gemeindeverband (SGV) und den Schweizerischen Verband der Bürgergemeinden und Korporationen (SVBK) bei der EKM. Im Kanton Tessin geboren und aufgewachsen, zog es sie nach dem Gymnasium in die Deutschschweiz, nach Zürich. Dort schloss sie das Bachelor- und Masterstudium in Politikwissenschaften ab. Bis 2021 arbeitete sie als Projektleiterin für den SGV, wo sie für die politischen Themen Asyl und Migration, Wirtschaft, Sicherheit und Partizipation verantwortlich war. Sie leitete das Projekt in comune, ein partizipatives Projekt im Rahmen des Programms Citoyenneté, welches darauf abzielt, die Beteiligung der gesamten Bevölkerung auf Gemeindeebene zu erhöhen. Seit 2021 arbeitet sie bei Pro Senectute.

Nicolas Galladé

Nicolas Galladé ist seit 2010 Stadtrat von Winterthur und steht dort dem Departement Soziales vor. Als Sozialvorsteher setzt er sich dafür ein, dass alle einen Platz in der Gesellschaft haben – auch Armutsbetroffene, Flüchtlinge, Jugendliche und ältere Menschen. 2014 wurde er zudem zum Präsidenten der Städteinitiative Sozialpolitik gewählt, welche die sozialpolitischen Interessen von rund 60 Schweizer Städten vertritt. Zuvor amtierte er mehrere Jahre im Zürcher Kantonsrat und im Grosse Gemeinderat Winterthur. In der EKM vertritt er die Anliegen der Städte, welche soziale Veränderungen oft als erste wahrnehmen und diese innovativ angehen.

Hilmi Gashi

Hilmi Gashi arbeitet seit 2005 für die Gewerkschaft Unia. Zunächst als Fachsekretär für Migration, später als Leiter einer Sektion und seit 2019 als Leiter der Interessengruppen Migration, Jugend und Gleichstellung. In Kosova, seinem Geburtsland, studierte Hilmi Gashi Wirtschaftswissenschaften. In der Schweiz war er zuerst auf dem Bau tätig und bildete sich an der Universität Freiburg in Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie im Verbandsmanagement weiter. Er arbeitete für diverse Projekte im Bereich Migration, als Sendungsmacher für freie Radios und auch als Dokumentarfilmer. Er ist Präsident der Migrationskommission des schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Präsident der Fachkommission Integration der Stadt Bern und Co-Präsident von Solidarité sans frontières.

Mohomodou Houssouba

Mohomodou Houssouba ist Schriftsteller und Linguist. Nach seinem Studium der Literatur und modernen Sprachen liess er sich in Mali zum Englischlehrer ausbilden. An der Illinois State University besuchte er Workshops für literarisches Schreiben und spezialisierte sich dann auf afroamerikanische Literatur und Studien zur afrikanischen Diaspora.

Mohomodou Houssouba lebt seit Ende 2011 in Basel. Er hat in verschiedenen Programmen mitgearbeitet, die den Zugang der Migrationsgemeinschaften zu kulturellen Ressourcen fördern. Diese helfen ihnen, ihren Weg in der Schweizer Gesellschaft zu finden.

Jean-Claude Huot

Jean-Claude Huot arbeitet als Seelsorger und unterstützt Personen bei der Bewältigung von Schwierigkeiten im Arbeitsleben sowie bei der Suche nach einer Anstellung. Diese Begleitung ist nicht nur menschlich und sozial, sondern hat auch eine spirituelle Dimension, da es sich um eine Gemeinschaftsaktion der katholischen und protestantischen Kirche des Kantons Waadt handelt. Zuvor arbeitete Jean-Claude Huot für das Fastenopfer, Public Eye, die Kommission Justitia et Pax (Beratungsorgan der Schweizer Bischofskonferenz) sowie für religiöse Fernsehsendungen. Er schloss sein Studium in Sprach- und Literaturwissenschaften im Jahr 1983 an der Universität Neuenburg ab.

Mano Khalil

Nach dem Studium der Rechts- und Geschichtswissenschaften an der Universität Damaskus studierte Mano Khalil Spielfilm-Regie an der Film- und Fernsehakademie in der ehemaligen Tschechoslowakei. Anschliessend war er als freier Mitarbeiter beim tschechischen und slowakischen Fernsehen tätig. Seit mehr als zwanzig Jahren lebt er in der Schweiz, wo er als Regisseur, Drehbuchautor und Produzent verschiedener Dokumentar- und Spielfilme arbeitet. Als Filmemacher und ehemaliger Flüchtling möchte er mit seiner Arbeit und mit seinem persönlichen Engagement dem breiten Publikum den Schmerz der zur Flucht gezwungenen Menschen aufzeigen und so einen Beitrag zur besseren Verständigung zwischen Einheimischen und den vielmals unwillkommenen Gästen leisten.



Dieter Kläy

Dieter Kläy studierte Volkswirtschaftslehre und Staatswissenschaften an der Universität St. Gallen sowie Betriebswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen (Executive MBA HSG). Er ist seit 2012 beim Schweizerischen Gewerbeverband sgV als Ressortleiter Arbeitsmarkt, Mobilität und Wirtschaftsrecht tätig. Er ist Mitglied der Tripartiten Kommission Bund (TPK) und der Tripartiten Kommission ILO (TPK ILO) sowie Mitglied der Eidgenössischen Arbeitskommission (EAK) und der Aufsichtskommission für den Ausgleichsfonds der Arbeitslosenversicherung. Des Weiteren ist Dieter Kläy als Präsident der Berufsbildungskommission des kantonalen Gewerbeverbands Zürich aktiv und Vizepräsident des Zürcher Kantonsrates.

Albana Krasniqi Malaj

Seit 2008 leitet Albana Krasniqi Malaj die Université des Cultures in Genf (UPA). Zuvor arbeitete sie im Bundesamt für Flüchtlinge und anschliessend im DIP in Genf als Dozentin und Elternberaterin sowie im SJAC in Onex als Erwachsenenbildnerin. Sie studierte Übersetzungswissenschaften und Französisch als Fremdsprache (FLE) an der Universität Tirana in Albanien. In der Schweiz bildete sie sich in Mediation und Konfliktmanagement sowie in Schweizer Sozialpolitik, interkultureller Kommunikation und Erwachsenenbildung weiter.

Ihr gesellschaftliches Engagement ist geprägt durch ihre Mitwirkung in gemeinnützigen Organisationen, darunter Alternative Médiation, die Plattform Albinfo.ch, die Ligue des Enseignants sowie Parents Albanais.

Thomas Kunz

Dr. Thomas Kunz ist Migrationsexperte und war bis 2020 für gut zwanzig Jahre Direktor der AOZ (Asyl-Organisation Zürich), einer Fachorganisation im Flüchtlings-, Migrations- und Integrationsbereich. Er studierte Pädagogik und Philosophie an der Universität Zürich. Er war in der offenen Jugendarbeit tätig und promovierte zu diesem Thema. Später leitete er viele Jahre die Wohn- und Obdachlosenhilfe in der Stadt Zürich.

Er war einige Jahre Präsident der Prüfungskommission der Eidgenössischen Berufsprüfung Migrationsfachfrau/Migrationsfachmann.

Andrea Lanfranchi

Prof. Dr. Andrea Lanfranchi ist eidgenössisch anerkannter Psychotherapeut sowie Fachpsychologe für Kinder- und Jugendpsychologie FSP und Sonderpädagoge. Er ist Leiter des Instituts Professionalisierung und Systementwicklung an der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik (HfH) in Zürich. Er führt Forschungsprojekte im Bereich Migration – Schule – Familie – Integration durch und ist Herausgeber zahlreicher Publikationen zu diesen Themen.

Inés Mateos

Inés Mateos ist freischaffende Beraterin, Fachexpertin, Moderatorin und Dozentin für Bildungs- und Diversitätsfragen. Der Transfer zwischen Theorie, Praxis und Gesellschaft ist dabei zentral. Sie verfügt über lang-



jährige vielfältige Erfahrung, arbeitet wissenschaftlich wie auch praxisorientiert und pflegt ein weit verzweigtes lokales, nationales und internationales Beziehungsnetzwerk. Sie ist mehrsprachig und plurikulturell.

Peter Meier

Peter Meier ist seit Mitte 2018 als Leiter Asylpolitik bei der Schweizerischen Flüchtlingshilfe (SFH) verantwortlich für die politischen Geschäfte im Themenbereich Flucht und Asyl, für das SFH-Lobbying in Bundeshaus, Verwaltung und Öffentlichkeit sowie für die Medienarbeit. Zuvor hat er die schweizerische und europäische Asyl- und Migrationspolitik während zwanzig Jahren als Journalist begleitet, beobachtet und analysiert, zuletzt als Bundeshausredaktor für Tamedia. Peter Meier studierte Geschichte und Medienwissenschaften an den Universitäten Basel und Bern. Wissenschaftlich tätig war er während rund zehn Jahren am Institut für Medien- und Kommunikationswissenschaft der Universität Bern, wo er als Leiter Forschung und stv. Institutsdirektor eine Vielzahl von Forschungsprojekten verantwortete.

Gaetana Restivo

Die Biologin Gaetana Restivo kam 2006 in die Schweiz. Sie erwarb an der Universität Lausanne einen Dokortitel und setzte danach ihre Forschungstätigkeit in Zürich fort. Zurzeit arbeitet sie im Zürcher Unispital. Sie ist Gründungsmitglied der Fabbrica di Zurigo. In dieser politisch-kulturellen Vereinigung haben sich italienische Migrantinnen und Migranten der neuen Generation zusammengeschlossen,

um sich unter anderem für eine offenere und ausländerfreundliche Gesellschaft stark zu machen. Gemeinsam mit anderen Migrantenvereinen organisiert die Fabbrica di Zurigo den Tag der ZürcherInnen, ein Strassenfest, das jedes Jahr einem anderen Migrationsthema gewidmet ist.

Camila Rezende de Sousa

Camila Rezende de Sousa studierte in Brasilien Rechtswissenschaften, bildet sich seither im Ausländerrecht ständig weiter und baut so ihre Gesetzgebungskenntnisse in diesem Bereich laufend aus. Sie schaut auf über neun Jahre Erfahrung in der Beratung von Migrantinnen und Migranten zurück. Heute ist sie im BLI (Bureau lausannois pour les immigrés) zuständig für die Betreuung von Personen aus französisch- und portugiesischsprachigen Ländern, die neu in die Schweiz gekommen sind. Daneben ist sie ehrenamtlich für die portugiesischsprachige Vereinigung Entrelaçar tätig. Durch diese Tätigkeiten steht sie in direktem Kontakt mit Menschen aus verschiedenen Kulturen, deren einzigartige Lebensgeschichten spezifische Bedürfnisse mit sich bringen. Camila Rezende de Sousa möchte vor allem ihre praktische Erfahrung in die EKM einbringen.

Michael Schneider

Nach einer handwerklichen Aus- und Weiterbildung realisierte Michael Schneider über mehrere Jahre verschiedene Hoch- und Tiefbauprojekte. In dieser Zeit arbeitete er auch für zwei kleine NGOs in Afrika in der Entwicklungszusammenarbeit. Nach einer Ausbil-



dung bei der Eidgenössischen Zollverwaltung war er über mehrere Jahre in verschiedenen Funktionen im Rheintal im Einsatz. Als Fachspezialist stand er zudem für das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA bei der Schweizer Botschaft in Abuja im Einsatz. Nach einer berufsbegleitenden kaufmännischen Aus- und Weiterbildung wechselte er Ende 2007 zum Migrationsamt und Passbüro des Kantons Glarus. Seit 2011 leitet Michael Schneider dieses Amt und vertritt seit 2020 die Vereinigung der kantonalen Migrationsämter (VKM) bei der EKM.

Daniela Sebeledi

Daniela Sebeledi hat Soziologie an der Universität Genf und der Humboldt Universität Berlin studiert. Sie arbeitet für das «Bureau de l'intégration des étrangers» des Kantons Genf, wo sie hauptsächlich für Projekte zu den Themen Rassismus und Diskriminierung zuständig ist. Sie ist Mitglied der Konferenz der Fachstellen für Integration KoFI, die sie in der Eidgenössischen Migrationskommission EKM vertritt. Weiterhin ist sie in diversen Verbänden in den Bereichen Asyl sowie Förderung und Schutz der Menschenrechte aktiv. Sie hat serbokroatische Wurzeln.

Iris Seidler-Garot

Der Erstausbildung zur Hotelfachfrau folgten viele Jahre Auslandsaufenthalt, vornehmlich im nordafrikanischen Raum. Iris Seidler-Garot hat somit in ihrem Leben längere Zeit als Migrantin im Ausland gelebt als in ihrem Heimatland Deutschland. Seit 12 Jahren lebt sie in der Schweiz und arbeitet in der Kommunikationsabteilung bei Grün Stadt Zürich. Neben dem Engagement bei der EKM unterstützt sie seit mehreren Jahren auf direktem Weg eine balinesische Familie, indem sie für die Ausbildung der Kinder aufkommt.

Christoph Sigrist

Christoph Sigrist ist Pfarrer am Grossmünster Zürich und Titularprofessor für Diakoniewissenschaft an der theologischen Fakultät der Universität Bern. Er engagiert sich in diversen Stiftungen und Gremien und ist Mitglied des Stiftungsrates HEKS, Parlamentspräsident des Zürcher Spendenparlaments, Präsident des Zürcher Forums der Religionen (ZFR) sowie der Gesellschaft Minderheiten der Schweiz (GMS). Als Mitglied der EKM sind ihm die humanitären, rechtlichen und ethischen Aspekte der Schweizer Migrationspolitik sowie die Vernetzungsarbeit zwischen staatlichen und kirchlichen Initiativen ein Anliegen. Seit 30 Jahren setzt er sich für die diakonische und politische Flücht-

lingsarbeit ein – beispielsweise durch kirchliche Hilfs-güteraktionen oder als Mitgründer des Solidaritätsnetzes Zürich.

Antonio Simona

Antonio Simona (Jahrgang 1952) arbeitete nach seinem Studium der Literaturwissenschaft zunächst als Journalist bei der Schweizerischen Depeschagentur und von 1983 an beim Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement EJPD. Von 1988 bis zu seiner Pensionierung Ende 2017 leitete er das Empfangs- und Verfahrenszentrum (heute Bundesasylzentrum) in Chiasso. Zurzeit ist er Präsident der Tessiner Fondazione Azione Posti Liberi, die in erster Linie Unterstützung und Rechtsberatung für Asylsuchende bietet.

Anu Sivaganesan

Anu Sivaganesan machte ihre ersten Gremienerfahrungen als Jugendliche in der Kommission für Integrationsfragen und gegen Rassismus des Kantons Zug. Heute forscht sie im Bereich Migration und Menschenrechte an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich. Ihre wissenschaftlichen Studien führten sie in die Türkei, die Niederlande, nach Sri Lanka, Pakistan und Grossbritannien sowie in die USA. Seit mehreren Jahren leitet sie die Rechtsabteilung der Fachstelle Zwangsheirat, ein Kompetenzzentrum des Bundes. Darüber hinaus ist sie Mitglied der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen EKF, präsidiert die Organisationen Kinderlobby Schweiz sowie Migration & Menschenrechte und ist Vorstandsmitglied bei NCBI Schweiz.

Sibylle Stolz

Ihr Studium in Ethnologie, Soziologie und Islamwissenschaften schloss Sibylle Stolz Niederberger im Jahr 2000 mit einer Lizentiatsarbeit zur Integrationspolitik in der Schweiz und in Luzern ab. Seit 2000 ist sie Integrationsbeauftragte der Stadt Luzern. Sie baute die Integrationspolitik und die Fachstelle Integration der Stadt Luzern auf. Dies beinhaltet neben der spezifischen Integration (Willkommenskultur, Beratung der Stadtverwaltung zu interkulturellen Fragen, Förderung von Integrationsprojekten), auch den Aufbau der Frühen Förderung und der Quartier- und Stadtteilpolitik. Sibylle Stolz-Niederberger war seit der Gründung und bis 2016 im Vorstand der Konferenz der kantonalen, regionalen und kommunalen Integrationsdelegierten.

Barbara von Rütte

Schon während ihres Jurastudiums an den Universitäten Bern und Leiden hat sich Barbara von Rütte mit Migrationsrecht beschäftigt. Nach der Ausbildung zur Anwältin promovierte sie zum Thema der Anerkennung der Staatsangehörigkeit als Menschenrecht an der Universität Bern. Daneben forschte sie zum schweizerischen Bürgerrecht, zur Staatenlosigkeit oder zur menschenrechtlichen Zulässigkeit von ausländerrechtlicher Administrativhaft. Seit 2019 untersucht Barbara von Rütte als Postdoctoral Research Fellow am Max-Planck-Institut multireligiöse und multiethnische Gesellschaften in Göttingen. Des Weiteren ist sie Konsultantin beim Europarat für ausländerrechtliche Administrativhaft sowie Vorstandsmitglied bei humanrights.ch und beim Swiss Network of Young Migration Scholars.

Simon Wey

Simon Wey ist seit 2016 als Arbeitsmarktökonom und seit 2019 als Chefökonom beim Schweizerischen Arbeitgeberverband (SAV) in Zürich tätig. Davor arbeitete er als Industrieökonom bei der Eidgenössischen Wettbewerbskommission und bei der Swisscom AG. Nach einer beruflichen Grundausbildung schloss er das Studium zum Informatik-Ingenieur FH ab. Anschliessend studierte er Volkswirtschaft und promovierte an der Universität Zürich mit Forschungsaufenthalt an der Wharton School der University of Pennsylvania in Philadelphia. Beim SAV engagiert er sich für die Integration von Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt.

Mandy Zeckra

Mandy Zeckra vertritt den Gewerkschaftsdachverband Travail.Suisse bei der EKM. Sie war Vize-Präsidentin und Geschäftsleitungsmitglied bei der Gewerkschaft Syna. Sie ist in Berlin / Deutschland geboren und aufgewachsen. Nach dem Studium der Politikwissenschaft hat sie über 15 Jahre lang in der Internationalen Zusammenarbeit gearbeitet, mit mehrjährigen Aufenthalten im Kosovo, Südsudan, Afghanistan und Pakistan. Zudem leitete sie für Caritas Schweiz die weltweite Humanitäre Hilfe und koordinierte Katastrophen- und Kriseneinsätze. Mit dem Thema Migration hat sie sich dabei aus unterschiedlichen Perspektiven befasst – Krieg, Klima, Armut. Innerhalb der EKM fokussiert sie auf Themen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Integration sowie der Diskriminierung.

Mitarbeitende der Geschäftsstelle 2022

Bettina Looser, Elodie Morand, Pascale Steiner, Sibel Opuz, Lisa Marti, Adrian Sansonnens, Rohit Jain, Sibylle Siegwart, Sylvie Lupi, Lenny Bugayong



Impressum

Herausgeberin

Eidgenössische Migrationskommission EKM
Quellenweg 6, 3003 Bern-Wabern
ekm@ekm.admin.ch

Redaktion

Bettina Looser, Pascale Steiner, Lisa Marti

Gestaltung

pomona.innovation, Visp

Copyright Bilder

Alex Uehlinger: Seiten 14, 16, 24/25
EKM: Seiten 3, 10, 15, 17, 19, 20, 22, 24, Schlussseite
Keystone-SDA: Valentin Flaurad, Titelbild; Jean-Christophe
Bott, Seite 6; Christian Beutler, Seite 7; Martin Ruetschi,
Seite 8
weiss communication+design ag: Seiten 9, 16
Yoshiko Kusano: Seiten 4/5, 18, 21, 25, 26, 27, 28, 30

EKM/Mai 2023

